

Mag. Alexander Schallenberg

Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn
 Präsidenten des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

Wien, am 20. Februar 2024

GZ. BMEIA-2023-0.921.346

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Yannick Shetty, Kolleginnen und Kollegen haben am 20. Dezember 2023 unter der Zl. 17410/J-NR/2023 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Kultureller Imperialismus in chinesischen Zwangsinternaten in Tibet“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- *Sind dem Außenministerium die Berichte über Zwangsinternate, oder „coercive residential schools,“ für tibetische Schüler: innen bekannt?
 Wenn ja seit wann?
 Wie schätzt das BMEIA diese Berichte ein? Gibt es Nachforschungen vor Ort durch die Bundesregierung oder die österreichische Vertretung in China zu diesen Berichten?*
- *In der Einschätzung des BMEIA, würden derartige Schulen
 eine Verletzung des international anerkannten Selbstbestimmungsrechts des tibetischen Volkes darstellen?
 eine Verletzung der U.N. Kinderrechtskonvention darstellen?
 eine Verletzung des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte darstellen?
 eine Verletzung des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung darstellen?
 andere Formen von Verletzungen internationalen Rechts darstellen?*

Dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) sind die Berichte über Zwangsinternate sowie über zahlreiche andere Verletzungen der Menschenrechte und Minderheitenrechte in der Volksrepublik China bekannt. Die zwangshafte Umerziehung von Kindern stellt eine Verletzung der Menschenrechte dar und Österreich hat die Volksrepublik China sowohl auf multilateraler wie auch auf bilateraler Ebene zur Achtung der Rechte aller Minderheiten aufgerufen.

Zu den Fragen 3 bis 6, 8 bis 10 und 11 bis 14:

- *Der Außen- und Europapolitische Bericht 2022 ist aufgrund von Abstimmungsschwierigkeiten zwischen den Koalitionspartnern heuer noch immer nicht dem Nationalrat zur Debatte vorgelegt worden. Ist davon auszugehen, dass aufgrund der prekären und sich deutlich verschlechternden Menschenrechtssituation in Tibet und anderen von Minderheiten bewohnten Regionen Chinas die 2018 begründete „freundschaftliche strategische Partnerschaft“ mit China nicht länger das Leitbild der österreichisch-chinesischen Beziehungen darstellt?*
- *Hat das BMEIA die Frage von Zwangsinternaten zur unfreiwilligen kulturellen Assimilation von Kindern einer ethnischen Minderheit bereits auf bilateraler Ebene mit China oder auf multilateraler Ebene, z.B. im Rahmen der Vereinten Nationen, besprochen? Wurde spezifisch Tibet als besetztes Gebiet angesprochen? Wenn ja, was war die Reaktion?*
- *Fließen die Berichte über diese Schulen und verwandte Verletzungen kultureller Rechte des tibetischen Volkes in die österreichische Chinapolitik ein? Wenn ja, wie?*
- *Hat Österreich die Berichte über diese Schulen und verwandte Verletzungen kultureller Rechte der tibetischen Volksgruppe in der Europäischen Union, z.B. bei der Erstellung der europäischen Chinapolitik, thematisiert? Wenn ja, wann und in welcher Weise? Hat Österreich eine Debatte über derartige Schulen im Rahmen des EU-China Gipfel eingefordert? Wenn ja, mit welchem Resultat?*
- *Andere Staaten und die Vereinten Nationen haben die Zwangsinternate bereits verurteilt. Wird die österreichische Bundesregierung dies ebenfalls tun?*
- *Welche Schritte plant das BMEIA, um der Aufforderung des Europäischen Parlaments in der Entschließung "Entführung tibetischer Kinder und Praktiken der Zwangsassimilation in chinesischen Internatsschulen in Tibet" (https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/RC-9-2023-0510_DE.html) an die Mitgliedstaaten nachzukommen, Visabeschränkungen gegen chinesische Amtsträger zu verhängen, die mit dem System der Internatsschulen in Tibet in Verbindung stehen?*
- *Welche Schritte plant das BMEIA, um der Aufforderung des Europäischen Parlaments an die Mitgliedstaaten in der in der obengenannten Entschließung nachzukommen, von der chinesischen Regierung zu verlangen,*

"europäischen Diplomaten Visa auszustellen, damit sie in ganz Tibet Internatsschulen besuchen können, sowie unabhängigen Journalisten und internationalen Beobachtern die Einreise in die Region zu gestatten und von der Verbreitung von Falschmeldungen abzusehen"?

- *Ist es vorgesehen, dass sich die Bundesregierung den Empfehlungen des UN-Ausschusses für Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte (CESCR) und des Ausschusses für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau (CEDAW), in denen die Volksrepublik China aufgefordert wird, diese Zwangsinternate in Tibet unverzüglich abzuschaffen anschließt?*
- *Ist es vorgesehen, dass sich Österreich bei der bevorstehenden allgemeinen regelmäßigen Überprüfung Chinas im Januar 2024 für die unverzügliche Abschaffung einsetzen wird, sowie vorab an die chinesische Regierung die Frage zu stellen, ob die Volksrepublik China beabsichtigt, die Empfehlungen der jüngsten UN-Überprüfungen von CESCR und CEDAW umzusetzen und diese Schulen unverzüglich abzuschaffen?*
- *Wird die österreichische Bundesregierung ihre Besorgnis über Zwangsinternate in Tibet in einer Erklärung vor dem Menschenrechtsrat zum Ausdruck bringen?*
- *Welche weiteren Schritte plant die Bundesregierung, um Menschenrechtsverletzungen in China, und insbesondere die kulturelle Assimilierung in Zwangsinternaten zu thematisieren?*

Ich verweise auf meine Beantwortung der parlamentarischen Anfragen ZI. 9278/J-NR/2022 vom 14. Jänner 2022, ZI. 11571/J-NR/2022 vom 5. Juli 2022, ZI. 12379/J-NR/2022 vom 21. September 2022 und ZI. 13731/J-NR/2023 vom 25. Jänner 2023. Beim Europäischen Rat am 30. Juni 2023 wurden Schlussfolgerungen verabschiedet, in denen die Gültigkeit dieses Ansatzes bestätigt wurde. Es wird weiterhin wichtig sein, die Partnerschaft mit China bei der Lösung dringender globaler Herausforderungen zu suchen, unter anderem im Kampf gegen den Klimawandel. Es ist auch in unserem Interesse, stabile und vorhersehbare Handelsbeziehungen mit China aufrecht zu erhalten. Diese müssen gleichberechtigte Wettbewerbsbedingungen für österreichische und europäische Unternehmen beinhalten und die Diversifizierung, etwa im Bereich kritischer Rohstoffe, vorantreiben. Es geht also nicht um Abkoppelung, sondern um ein Minimieren von Risiken. Gleichzeitig steht außer Frage, dass es grundlegende Meinungsunterschiede in für uns zentralen Fragen gibt, wie etwa die Universalität der Menschenrechte oder die Ausgestaltung einer auf Regeln basierenden internationalen Ordnung.

Darüber hinaus hat Österreich, wie auch in der Vergangenheit, im Zuge des vierten Zyklus der der universellen Staatenprüfung (UPR) des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen (VN) bei der Prüfung der Volksrepublik China im Jänner 2024 erneut sowohl schriftliche Fragen als auch eine Stellungnahme mit Empfehlungen abgegeben. Weiters setzt sich Österreich innerhalb der UPR dafür ein, dass China Besuche des Menschenrechtskommissars der Vereinten Nationen sowie von Vertretern der Sonderverfahren in tibetischen Gebieten ermöglicht.

Österreich wird sich weiterhin aktiv an Erklärungen zur Menschenrechtslage in der Volksrepublik China im VN-Menschenrechtsrat beteiligen. Österreich unterstützt die Arbeit der VN-Vertragsorgane aktiv und setzt sich stets für eine Umsetzung ihrer Empfehlungen ein. Ein „Anschluss“ an einzelne Empfehlungen der Vertragsorgane ist nicht möglich und erscheint auch nicht sinnvoll, da diese in ihrer Gesamtheit umgesetzt werden sollten.

Auch auf europäischer Ebene werden die menschenrechtlichen Problemfelder mit der Volksrepublik China weiterhin thematisiert, unter anderem im Rahmen des im Vorjahr wiederaufgenommenen EU-China-Menschenrechtsdialogs. Im Rahmen der EU-internen Vorbereitungen des EU-China-Gipfeltreffens am 7. Dezember 2023 hat sich Österreich für klare Botschaften der EU gegenüber China zu Menschenrechtsfragen ausgesprochen.

Zu Frage 7:

- *Ist dem Bundesministerium die Resolution des Wiener Gemeinderates „Tibet nicht vergessen – Unterstützung für die Rechte des tibetischen Volkes und Bewahrung ihrer kulturellen Identität“ (29.11.2023) bekannt? Gab es dazu Reaktionen der chinesischen Regierung bzw. der Vertretung in Wien?
Wenn ja, wann und welche?*

Die Resolution des Wiener Gemeinderates ist meinem Ressort bekannt. Es liegen keine Informationen über eine chinesische Reaktion vor.

Mag. Alexander Schallenberg

